

### **Bericht und Abänderungsantrag**

des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 15) betreffend Erstellung eines Maßnahmenpaketes zur solidarischen Unterbringung von Flüchtlingen im Burgenland (Zahl 21 - 11) (Beilage 51).

Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss haben den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Erstellung eines Maßnahmenpaketes zur solidarischen Unterbringung von Flüchtlingen im Burgenland, in ihrer 01. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 09. September 2015, beraten.

Landtagsabgeordneter Kovasits wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach seinem Bericht stellte Landtagsabgeordneter Kovasits einen Abänderungsantrag.

Am Ende der Wortmeldung des Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz, BA bringt auch dieser einen Abänderungsantrag ein.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde zunächst der vom Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz, BA gestellte Abänderungsantrag mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich abgelehnt und anschließend der vom Landtagsabgeordneten Kovasits gestellte Abänderungsantrag mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Erstellung eines Maßnahmenpaketes zur solidarischen Unterbringung von Flüchtlingen im Burgenland, unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Kovasits beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 09.09.2015

Der Berichterstatter:  
Kovasits eh.

Der Obmann des Rechtsausschusses  
als Vorsitzender der gemeinsamen Sitzung:  
Dr. Rezar eh.

*Herrn  
Präsidenten des Bgld. Landtages  
Christian Illedits  
Landhaus  
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt am 9. September 2015

### **Abänderungsantrag**

**der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits,  
Kolleginnen und Kollegen zum selbständigen Antrag 21 - 11, welcher  
abgeändert wird wie folgt:**

Der Landtag wolle beschließen:

## **Entschließung**

### **des Burgenländischen Landtages vom \_\_\_\_\_** **betreffend Unterbringung von Asylsuchenden**

Ganz Europa ist angesichts der anhaltenden Flüchtlingsströme gefordert, Zusammenhalt bei der Bewältigung zu beweisen. Während einige EU-Staaten diese solidarische Vorgehensweise und eine faire Lastenverteilung bei der menschenwürdigen Unterbringung bisher konsequent verweigern, tritt Österreich für einen humanen Umgang mit Menschen auf der Flucht und eine gemeinsame, faire Vorgehensweise innerhalb der Union ein. Das Burgenland war in vergleichbaren Notsituationen schon bisher immer zu Hilfeleistung und Solidarität bereit, wenn es darauf ankam. So wie die BurgenländerInnen bei den Flüchtlingsströmen 1956, 1968 und 1989 geholfen haben, ist das auch aktuell der Fall. Der Burgenländische Landtag dankt allen Freiwilligen, Rettungs- und Blaulichtorganisationen für deren vorbildliche Hilfs- und Einsatzbereitschaft.

Die Burgenländische Landesregierung hat im Sommer 2015 unter dem Motto „Für Menschlichkeit & Gesellschaftliche Akzeptanz“ gemeinsam mit NGOs, Kirchen- und Gemeindevertretern im Rahmen eines Asylgipfels Maßnahmen erarbeitet, die die angemessene Unterbringung einer ausreichenden Anzahl von Flüchtlingen in den burgenländischen Gemeinden in verträglicher Relation zur Bevölkerungszahl sicherstellen soll.

Folgende Ziele wurden hierbei definiert:

- Forcierung kleiner Einheiten zur Schaffung von Akzeptanz durch die Menschen in den Gemeinden
- Verhinderung von Massenquartieren
- verbesserter Informationsfluss zu Gemeinden und deren Bürgermeister
- finanzielle Unterstützung des Landes für Gemeinden - 30 % bzw. bis zu 10.000 Euro - für Infrastruktur bei der Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten
- Wohnungsbörse für Privatwohnungs- und Hausbesitzer
- laufende Tagungen des im Rahmen des Flüchtlingsgipfels eingerichteten Expertenbeirates

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die beim Asylgipfel festgelegte Strategie laufend an neue Herausforderungen anzupassen und umzusetzen sowie alle Gemeinden bestmöglich bei der Erreichung geltender Quoten bei der Unterbringung von Asylwerbern zu unterstützen.